



Wie bewerten Sie die gesellschaftliche Bedeutung der Jagd? Wie stehen Sie zur Jagd als Beitrag zum Artenschutz? Beabsichtigen Sie – wie schon in der vorletzten Wahlperiode – die Novellierung des Bundesjagdgesetzes erneut auf den Weg zu bringen – Wenn ja, mit welchem Schwerpunkt?

<p>Lars Rohwer </p>	<p>Ich schätze die Bedeutung der Jagd sehr hoch ein. In den letzten Jahren war ich mit vielen Jägern ob auf Bundes- oder regionaler Ebene im Austausch und habe viel Respekt vor ihrer Arbeit. Jagd ist wichtig für eine nachhaltige Bestandsregulierung des Wildes und dient damit Wald, Landwirtschaft und Artenschutz. Die am Hegeziel des § 1 Absatz 2 BJagdG ausgerichtete Jagd liegt im Interesse des Allgemeinwohls und ist in Deutschland Teil der kritischen Infrastruktur. Mit der Hegeverpflichtung sorgen die Jäger für den Erhalt vieler Wildtierarten. Die Jagd ist seit 1848 an Grund und Boden gebunden und das wird mit uns so bleiben. Das Jagdrecht und das Recht seiner Ausübung sind absolut geschützte Rechtsgüter, die auch der Eigentumsгарantie des Art. 14 GG unterliegen. Die Jagd muss tierschutz- und waidgerecht ausgeführt werden. Unter der Voraussetzung der notwendigen Sicherheitsmaßnahmen und der Beachtung arten-, tierschutz- und jagdrechtlicher Bestimmungen, muss auch die Fangjagd stattfinden können, denn sie ist zur effektiven Bestandsregulierung von nachtaktiven Haarraubwildarten und invasiven Arten, wie Marderhund, Waschbär und Nutria, notwendig. Letztlich folgt dies auch aus § 28 a BJagdG. Die Jagd liefert ein gutes und naturbelassenes Lebensmittel, das viele Verbraucher schätzen. Sie ist zudem Kulturerbe und Wirtschaftsfaktor im ländlichen Raum. Wir setzen uns für eine stärkere Aufklärung der Öffentlichkeit über die positiven Beiträge der Jagd ein, um die gesellschaftliche Akzeptanz weiter zu erhöhen. Die gesellschaftliche Bedeutung zeigt sich auch in der großen Zahl von über 400.000 Jagdscheininhabern in Deutschland – allein um die 400 Jägerinnen und Jäger in Dresden, darunter einer wachsenden Anzahl von Frauen.</p>
<p>Matthias Rentzsch </p>	<p>Die AfD sieht Jäger als staatlich geprüfte Naturschützer und weiß ihren Einsatz für unsere Natur- und Kulturlandschaft zu schätzen. Das Landesjagdgesetz bedarf keiner grundlegenden Überarbeitung. Wo im Detail Ergänzungen sinnvoll sind, wie z. B. bei der Jagdausbildung, wollen wir diese vornehmen. Die Aufweichung alter Jagdtraditionen und der Jagdausbildung lehne ich ab. Neue gesetzliche Einschränkungen, beispielsweise durch ein Verbot bleihaltiger Jagdmunition oder durch neue Restriktionen bei der Ausbildung von Jagdhunden oder Beizvögeln, lehne ich ebenfalls ab. Vielmehr soll die Rolle der Jäger im Umwelt- und Naturschutz und ihr ehrenamtliches Engagement gestärkt werden. Dazu gehört auch die Befreiung von unnötigen bürokratischen und finanziellen Belastungen. Die „Wald vor Wild“-Ideologie ist m.E. falsch. Sie degradiert Wild zu Schädlingen und schränkt die Jagdausübung ein. Der immer stärkere Abschuss auch durch Schonzeitverkürzungen darf nicht als einziges und einfaches Mittel angesehen werden. Muffel- und Rotwildbestände müssen geschützt werden. Technische Schutzmaßnahmen beim Verbiß-Schutz sind sinnvoller als immer höhere Abschussvorgaben.</p>
<p>Steffen Große Frank Anton </p>	<p>Wir unterstützen inhaltlich die Kernforderungen des Deutschen Jagdverbandes und haben in unserer Parteimitgliedschaft bei BÜNDNIS DEUTSCHLAND selbst engagierte Jäger. Die Jagd ist systemrelevant, denn die Jagdberechtigten erfüllen vielfältige gesetzlich verankerte Aufgaben, von denen die Gesellschaft insgesamt profitiert. Dazu gehören insbesondere der Schutz vor Wildschäden, der Erhalt und die Aufwertung von Lebensräumen für spezialisierte Arten wie Rebhuhn oder Feldlerche, ebenso wie die Prävention von Tierseuchen. Die Jagd ist eine wichtige Managementmaßnahme für den Artenschutz. Die Bejagung von heimischen und gebietsfremden anpassungsfähigen Raubsäugetern wie Fuchs und Waschbär ist unerlässlich für den Erhalt der Artenvielfalt. Die Lebensraumverbesserung allein reicht nicht aus, um spezialisierte Arten zu schützen. Bund und Länder haben eine Vorbildfunktion für die Umsetzung des Prädatorenmanagements durch die Jagd. Gleichzeitig müssen Bund und Länder das Prädatorenmanagement fördern, das zum Gelingen von Artenschutzprojekten beiträgt. Deshalb muss bei der Umsetzung der europäischen Verordnung zur Wiederherstellung der Natur in deutsches Recht gewährleistet werden, dass die Jagd weiterhin flächendeckend möglich ist.</p>
<p>Thomas Ladzinski </p>	<p>Die Hege und Pflege des Wildtierbestandes ist ein elementarer Bestandteil zum Erhalt unserer Flora und Fauna. Dementsprechend ist es auch im Sinne des Artenschutzes erforderlich, regulierend einzugreifen. Den Jägern kommt diese wichtige Aufgabe zu. Auf gesetzlicher Ebene müssen Ihnen hier die Rahmenbedingungen an die Hand gegeben werden, die die zweckgemäße Erfüllung dieser wichtigen Aufgabe ermöglichen. Eine Novellierung des Bundesjagdgesetzes als Rahmengesetz für die Jagdgesetze der Länder ist erforderlich. Hierbei sollten den Landesgesetzgebern die Möglichkeit zum Eingriff beim Wolf, zukünftig ohne aufwändige Einzelschussgenehmigung gegeben werden. Insbesondere vom Wolf geht eine zunehmende Gefahr für einige Bestände aus – hier muss dringend gehandelt werden. Auch bei Komoranen und Bibern muss der derzeitige Schutzstatus aufgrund der Populationsentwicklung in Frage gestellt werden. Waschbären und Nutrias sollten ebenfalls weiter bejagt werden dürfen. Eine Fortschreibung des Jagdrechtes sollte insbesondere mit denjenigen abgesprachen werden, die aus der Praxis stammen – also den Jägern und Jagdverbänden.</p>
<p>Sina Alex Terence Koch </p>	<p>Bedeutung: Zweifelsfrei spielt die Jagd auch zukünftig im gesamten ländlichen Raum eine beachtliche Bedeutung. Beitrag: Jäger*innen leisten einen wichtigen Beitrag von der Wildschadensverhinderung und Seuchenbekämpfung bis hin zu Müllsammel-Projekten, Schaffung von Bruthilfen und Umweltbildung. Letztere umfasst z.B. die praxisnahe Vermittlung von Natur- und Artenschutz, um einen bewussten Umgang mit der Umwelt zu ermöglichen. Novellierung: Eine Novellierung des Jagdgesetzes zur Anpassung an sich ändernde Gegebenheiten wie Klimabedingungen, Seuchengefahren (ASP), Waldumbau bis hin zu eingewanderten Arten wie dem Waschbären oder auch neue Herausforderungen (z.B. Einwanderung von Goldschakal) soll eine Sicherheit für die Waidgenossen darstellen.</p>
<p>Clara Bünger Funda Römer </p>	<p>Nach Auffassung der Partei Die Linke leistet die Jagd einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung unserer Kulturlandschaft und deren Leistungsfähigkeit. Der weitaus überwiegende Teil unserer Landschaft ist durch den Menschen stark überformt, so dass natürliche Wanderbewegungen und Verhaltensmuster von Wildtieren eingeschränkt sind. Zudem führen veränderte Klima-, Lebensraum- und Nahrungsbedingungen zur Überpopulation bestimmter Arten. Die Regulation überhöhter Schalenwildbestände ist somit ein sinnvolles Instrument gesellschaftlich erwünschte Landnutzungsformen, insbesondere naturnahe Mischwaldbestände zu fördern und in ihrer multifunktionalen Ausprägung dauerhaft zu erhalten. Zudem ist sie eine legitime Form der Naturnutzung und trägt zur Erhaltung gesunder Wildbestände bei. Deshalb unterstützt Die Linke eine regional verwurzelte, möglichst störungsarme, effektive, wildtiergerechte und tierschutzkonforme Jagd. In diesem Sinne sehen wir nach wie vor Änderungsbedarf im Hinblick auf die Definition einer grundsätzlich naturverträglich ausgerichteten Jagdpraxis. Zudem sollte die Liste der jagdbaren Arten auf die naturschutzrechtlich absehbar und ökologisch sinnvoll bejagbaren Arten begrenzt werden. Wir sprechen uns aber dagegen aus, dass unter dem Deckmantel des Artenschutzes Wildtiere gejagt und diese oder ihr Fell danach gewinnbringend verkauft werden.</p>
<p>Markus Reichel </p>	<p>Die CDU/CSU-Fraktion misst der Jagd einen hohen Stellenwert bei. Sie ist eine bewährte Form der nachhaltigen Wildbewirtschaftung und trägt zum Artenschutz sowie zur Regulierung von Wildbeständen bei. Die Novellierung des Bundesjagdgesetzes ist notwendig, um die rechtlichen Rahmenbedingungen praxisnah zu gestalten. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der Wildbewirtschaftung im Einklang mit dem Waldumbau sowie der stärkeren Anerkennung der Jagd als wesentlicher Bestandteil des ländlichen Raums.</p>

Keine Rückmeldung
Rasha Nasr, Stephan Schumann (SPD)
Torsten Herbst, Benita Horst (FDP)
Andrea Ebert (MLPD)

Kassem Saleh, Merle Spellerberg (Bündnis 90/Die Grünen)
Theodor Benad (Freie Wähler)
Melanie Buntrock (Die Partei)